

Antrag: Weltweite Lebensmittelkrise

Die Sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlamentes wird aufgefordert folgendes zu beschließen und als Antrag noch in diesem Jahr in das EU-Parlament einzubringen. Das EU-Parlament verlangt von der EU-Kommission und dem Ministerrat, dass die Exportsubventionierung von Lebensmitteln in Entwicklungsländer sofort beendet wird. Stattdessen soll mit den 5-6 Milliarden EURO jährlich der Wiederaufbau bäuerlicher Unternehmen in den Entwicklungsländern gefördert werden.

Begründung: Die Jahrzehnte währende Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Investitionspolitik von WTO und Weltbank, der Europäischen Union und anderer hat zu einer Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern geführt. Immer mehr Länder des Südens können ihren Lebensmittelbedarf nicht mehr decken. Derzeit drängt die EU afrikanische und asiatische Staaten, weit reichende Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) mit Europa abzuschließen, um ihre Agrarmärkte für europäische Unternehmen zu erobern. Gleichzeitig halten EU und Bundesregierung an ihrer zerstörerischen Politik der Exportsubventionierung fest. Der vor einigen Tagen veröffentlichte Bericht des Weltagrarrates gibt hierzu eine klare Stellungnahme ab. In diesem macht das von der Weltbank und den Vereinten Nationen berufene Expertengremium die falsche Agrar- und Entwicklungspolitik der Wohlstandsstaaten für die Krise verantwortlich und spricht sich für Anbaumethoden aus, die den jeweiligen ökologischen und sozialen Bedingungen angepasst sind.

Entwicklungsländer müssen mit Hilfe der reichen Industrieländer eine effektive Landwirtschaft aufbauen durch die sie sich weitgehend selbständig versorgen können und die somit auch Arbeitsplätze und bescheidenen Wohlstand entwickeln werden.

Einer von sieben Menschen weltweit geht hungrig zu Bett, insgesamt haben 850 Millionen Menschen zu wenig zu essen. "Eine der schlimmsten Verletzungen der Menschenwürde", sagte Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan.

Jahrelang sind die Nahrungsmittelpreise relativ stabil geblieben. Seit drei Jahren jedoch steigen sie stark: Mais, Weizen und Reis wurden um 180 Prozent teurer. In den vergangenen zwei Monaten explodierten die Preise geradezu: So legte der Reispreis um 75 Prozent zu, der von Weizen um 120 Prozent. Beim Mais sieht es ähnlich aus.

